

Dr. Hans Jörg Schelling
Bundesminister für Finanzen

Herrn Präsidenten
des Bundesrates
Mario Lindner
Parlament
1017 Wien

Wien, am 14. September 2016
GZ. BMF-310102/0005-I/4/2016

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3167/J-BR/2016 vom 14. Juli 2016 der Bundesräte Christoph Längle, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Im ersten Halbjahr 2015 wurden 43 Kontrollen durchgeführt, im selben Zeitraum des laufenden Jahres wurden 53 Kontrollen abgewickelt.

Zu 2.:

Bei den Kontrollen im Jahr 2015 in Vorarlberg wurden insgesamt 240 Geräte beschlagnahmt und 45 Strafanträge gestellt. Im ersten Halbjahr 2016 wurden 72 Geräte beschlagnahmt und 23 Strafanträge gestellt.

Zu 3.:

Kontrollen Vorarlberg	1. Halbjahr 2016
Bregenz	15
Bludenz	9
Dornbirn	14
Feldkirch	15
Summe	53

Zu 4. bis 6.:

Kontrollen Vorarlberg	2012	2013	2014	2015
Bregenz	10	5	9	27
Bludenz	1	0	10	8
Dornbirn	9	0	6	24
Feldkirch	3	0	1	26
Summe	23	5	26	85
Strafanträge	113	21	33	45
Beschlagnahmte Geräte	73	9	63	240

Betreffend die Entwicklung im 1. Halbjahr 2016 siehe die Ausführungen zu den Fragen 1. bis 3.

Zu 7.:

Die Schätzung beruht auf Mitteilungen aus der Bevölkerung, vorliegenden Anzeigen und der Annahme einer entsprechenden Dunkelziffer, die bei derartigen Angeboten stets zu berücksichtigen ist.

Zu 8.:

Strafanträge ausländischer Betriebe	2013	2014	2015	2016	Summe
Bulgarien	1	0	0	0	1
Deutschland	0	0	1	0	1
Slowakische Republik	5	1	4	0	10
Großbritannien	0	3	4	7	14

Zu 9.:

Tatsächlich werden im Rahmen des illegalen Glücksspiels immer häufiger auch andere Delikte (Drogen, Prostitution, Menschenhandel, Betrug, Erpressung etc.) durch die Sicherheitsbehörden festgestellt.

Zu 10. und 11.:

Seitens der Finanzverwaltung ist eine enge Kooperation mit den Sicherheitsbehörden bei der Bearbeitung dieser komplexen Fälle angedacht. Insbesondere soll die Bekämpfung der organisierten Kriminalität intensiviert werden und durch die gemeinsame Ermittlung der Delikte samt der Aufarbeitung der stets damit einhergehenden Abgabehinterziehung effizienter gestaltet werden. Des Weiteren wird die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch mit den Verwaltungsstrafbehörden intensiviert. Bereits jetzt werden Fälle gemeinsam bearbeitet. Eine Abstimmung mit dem Bundeskriminalamt ist derzeit im Laufen.

Der Bundesminister:
Dr. Schelling
(elektronisch gefertigt)

